



CH-3003 Bern
GS-EJPD

POST CH AG

offene kirche bern
Andreas Nufer
Pfarrer und Projektleiter
Taubenstrasse 12
3011 Bern

Bern, 28. August 2020

Betrifft: Aktionen «Beim Namen nennen – 40'555 Opfer der Festung Europa»

Sehr geehrter Herr Nufer

Vielen Dank für die Einreichung von 2'453 handgeschriebenen Briefen an den Bundesrat und das Parlament im Rahmen der Aktionen «Beim Namen nennen – 40'555 Opfer der Festung Europa».

Die Schweiz engagiert sich entsprechend ihrer humanitären Tradition im Mittelmeerraum, um die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Sie setzt sich gemäss ihren Mitwirkungsrechten als assoziierter Schengen/Dublin-Staat in den Diskussionen auf EU-Ebene aktiv für einen gemeinsamen Ansatz im Mittelmeerraum ein, bei dem das Konzept der Partnerschaft und der geteilten Verantwortung wie auch die Menschenrechte vollumfänglich respektiert werden. Auch unterstützt die Schweiz die Bekämpfung der Schleuserkriminalität und beteiligt sich an diesbezüglichen Massnahmen auf EU-Ebene.

Mit ihrem Engagement in den Staaten jenseits des Mittelmeeres arbeitet die Schweiz darauf hin, den Schutz von Flüchtlingen und Migranten bereits dort zu stärken und damit die Anreize für eine irreguläre und gefährliche Überfahrt nach Europa zu reduzieren. Dies etwa im Rahmen des regionalen Kooperationsprogramms für den Mittleren Osten 2019-2022. Seit 2011 hat die Schweiz im Rahmen der Syrienkrise über 480 Millionen Franken für die betroffene Bevölkerung (Flüchtlinge, intern Vertriebene, lokale Bevölkerung) in Syrien, der Türkei, Jordanien, Libanon und im Irak bereitgestellt. Es ist dies das bisher grösste humanitäre Engagement der Schweiz.

In Libyen liegt der Schwerpunkt des Schweizer Engagements im Migrationsbereich auf Schutzmassnahmen für Menschen in Not – insbesondere für Migrantinnen und Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge, deren Situation besonders prekär ist. Diese reichen von medizinischer Versorgung in den Haftzentren über Unterstützungsleistungen in den städtischen Aufnahmegemeinschaften bis zur Beteiligung an Kampagnen zur Sensibilisierung für die Risiken und die Alternativen zur irregulären Migration. Zudem hat sich die Schweiz verschiedentlich an der Aufnahme von Gruppen von aus Libyen evakuierten UNHCR-Flüchtlingen beteiligt.





Zudem sind auch langfristige Lösungsansätze gefordert, um die Lebensperspektiven der Migrantinnen und Migranten zu verbessern. In der Türkei etwa setzt die Schweiz im Rahmen des erwähnten Kooperationsprogramms daher einen verstärkten Schwerpunkt auf Themen wie Empowerment, Eigenständigkeit, Resilienz und nachhaltige Lösungen für Flüchtlinge und Gastgemeinden. Des Weiteren steht die Stärkung der lokalen Migrationsbehörden sowie der lokalen Zivilgesellschaft in den Bereichen Flüchtlingshilfe und Migrationsmanagement im Fokus des Schweizer Engagements.

Neben der Hilfe vor Ort gewährt die Schweiz mittels Resettlement besonders verletzlichen Personen auch direkt Schutz in der Schweiz. Seit Ausbruch der Syrienkrise hat die Schweiz auf diesem Weg rund 4'400 Menschen aufgenommen – hauptsächlich Syrerinnen und Syrer, welche in den Libanon oder nach Jordanien geflüchtet waren. Bis Ende 2021 wird die Schweiz bis zu 1'600 weitere Personen aufnehmen. Dabei werden auch Personengruppen aus anderen Krisenregionen des Nahen Ostens und entlang der Migrationsroute über das zentrale Mittelmeer berücksichtigt.

Weiter strebt die Schweiz eine Stärkung der Migrationszusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten und mit den Ländern entlang der Migrationsrouten in Richtung Mittelmeer an. Im Rahmen von Dialogen und Migrationspartnerschaften werden zahlreiche Projekte für eine bessere Migrationssteuerung und zur Erhöhung des Schutzes der Migrantinnen und Migranten umgesetzt.

Alle im Mittelmeer aktiven staatlichen und nichtstaatlichen Akteure müssen die Prinzipien der Seenotrettung, die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und insbesondere das Non-Refoulement-Prinzip vollständig respektieren. Die Seenotrettung im Mittelmeer verlangt nach einem koordinierten und langfristig ausgerichteten Ansatz für die Aufnahme von Flüchtlingen, der auf einer fairen Verteilung der Verantwortung für Schutzbedürftige basiert.

Es braucht eine tragfähige europäische Lösung, welche die Regeln der Seenotrettung berücksichtigt, sichere Ausschiffungshäfen zur Verfügung stellt und einen Mechanismus zur raschen Prüfung der Schutzbedürftigkeit vorsieht. Der Bundesrat ist überzeugt, dass das entsprechende Engagement im Rahmen eines langfristig ausgerichteten und koordinierten Vorgehens aller europäischen Staaten erfolgen muss.

Eine solche Lösung ist heute leider noch nicht Wirklichkeit. Ich hoffe jedoch, dass die aktuellen Diskussionen rund um den erwarteten Vorschlag der EU-Kommission für einen europäischen Pakt für Asyl und Migration unter deutscher Präsidentschaft des EU-Rates hier Fortschritte bringen werden. Ich werde mich persönlich bei meinen europäischen Amtskolleginnen und Amtskollegen dafür einsetzen.

Ich bedanke mich bestens für Ihr Engagement zugunsten von Menschen auf der Flucht.

Mit besten Grüßen



Karin Keller-Sutter